

Peter Schöner  
Präsident  
Europaverein GPB e.V.  
52249 Eschweiler

Rede anlässlich des interdisziplinären Kolloquiums der FEK Nürnberg in Neudrossenfeld

- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Idee Europas - das Trennende durch die Zusammenarbeit von Staaten und Völkern über Grenzen hinweg zu überwinden - diese Idee ist unbestritten. Aber immer weniger Menschen verbinden sie mit "der EU". Die Frage ist jetzt: Geben wir deshalb die Idee auf oder machen wir die EU verständlicher und leistungsfähiger? Ich bin dafür, die EU verständlicher und leistungsfähiger zu machen, um diese großartige Idee voranzubringen.

Ich zitiere Martin Schulz anlässlich der Verleihung des Karlspreises: „Deshalb bin ich als Präsident des Europarlamentes angetreten, um die Türen und Fenster des Hauses Europa zu öffnen. Damit die Menschen hinein schauen können, und verstehen, was drinnen passiert - wer was, wann, wo und warum macht. Nur so kann das verloren gegangene Vertrauen wiedergewonnen werden. Misstrauen schafft Missgunst. Vertrauen aber schafft Zukunft.“ Ende des Zitats

Wollen wir jeder für sich allein gestellt oder wollen wir gemeinsam unser Gesellschaftsmodell und unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung verteidigen?

Ich bin überzeugt: Wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen, dann versinkt Europa in der Bedeutungslosigkeit. Zusammen aber sind wir Europäer eine starke Gemeinschaft von Staaten und Völkern, die ihren Bürgern Rechte garantieren; Rechte für die in anderen Teilen der Welt Menschen auf die Straße gehen, ja, ihr Leben aufs Spiel setzen. Denn in anderen Teilen dieser Welt gibt es Kinderarbeit, es wird gefoltert, die Todesstrafe vollzogen, auf Streikende geschossen und das Internet abgeschaltet, wenn die Meinung der Menschen der Staatsmacht missfällt.

Wenn diese Staaten aber wettbewerbsfähiger werden als wir Europäer es sind, eben weil sie Grundrechte nicht beachten, dann stehen wir vor der Wahl, so zu werden, wie sie es sind, oder mutig zu sagen: Wer auf unseren reichsten Markt der Welt will, wer mit uns Handel und Wandel betreiben will, der muss unsere Rechte und unsere Standards respektieren. Unsere Wirtschaftskraft entsteht aus dem Binnenmarkt, aus dem Zusammenschluss von Ökonomien, die gerade durch ihre Verbundenheit stark sind. Genau durch diese Stärke können wir unsere Werte, die unser Fundament sind, verteidigen. Das ist der Auftrag Europas, nach innen geeint und dadurch nach außen gestärkt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu sichern.

Wer Hand an dieses Projekt legt, versündigt sich an der Zukunft der nachfolgenden Generationen. Derzeit bemüht sich Cameron um eine EU-Reform, die seinem Land bessere Bedingungen und mehr Kompetenzen einräumt. Bislang ist er bei seinen EU-Kollegen auf keine große Unterstützung gestoßen. Ich selbst bin davon überzeugt dass wir mit einem Aufschneiden des Lissabonvertrags das gesamte Projekt Europäische Union gefährden.

Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinen Nationen haben in diesem Jahr bereits mehr als 90.000 Menschen den gefährlichen Weg übers Mittelmeer nach Europa gewählt. Etwa 2000 sind dabei bislang gestorben. Nach der letzten Katastrophe bestand die Hoffnung, dass der tausendfache Tod im Meer die Politik tatsächlich zum Umdenken zwingen könnte. Hoffnungen, die heute schon wieder zerstoßen sind, denn was wurde da eigentlich beschlossen? Ein bisschen mehr Geld für ein Seenotrettungsprogramm, dessen Wirksamkeit noch des Beweises bedarf. Ein bisschen mehr Militär, ein bisschen Aktionismus gegen die sogenannten Schlepper.

Und immer wieder gab es eine Forderung: Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Wir sollten genau hinhören, wer das eigentlich fordert. Sind es nicht die gleichen Politiker, die diese Fluchtursachen zu verantworten haben? Zum Thema Flucht gibt es auch eine etwas andere Geschichte.

Da gibt es doch die großen Fischtrawler aus aller Welt – vor allen auch aus der EU. Jahrelang hatten sie sich für wenige Millionen die Fangrechte erkaufte – und Fisch für Milliarden erbeutet. Es war die Lebensgrundlage für Hunderttausende in Westafrika.

Die Organisation Brot für die Welt beklagt: Gerade die jungen Fischer sehen keine Perspektive mehr in diesem Beruf. Und werden über kurz oder lang sich überlegen andere Wege zu suchen, um ihren zukünftigen Familien zu ernähren und eine Lebensperspektive zu haben.

In Ghana trifft es z.B. die Bauern. Den Grund findet man an den Ständen der Marktfrauen: Lauter tief gefrorenes Hühnerfleisch. Reste und Überproduktion aus Europa. Ganz Westafrika wird überschwemmt davon. Das Suppenhuhn aus Deutschland kostet nicht mal halb so viel wie das Fleisch von einheimischen Bauern. Etliche haben längst aufgegeben, Arbeitsplätze und Einkommen sind zerstört.

Für Europas Agrarwirtschaft ist Afrika ein Riesenmarkt. Industrielle Haltung und Subventionen machen die Preise unschlagbar. Nicht nur für Hühnerfleisch.

Das sind die Agrarexporte aus der EU nach Afrika. Fleisch, Gemüse, Getreide: Seit Jahren steigen sie dramatisch an. Und sie sollen weiter wachsen.

Gerade erst hat die EU die Milchquote abgeschafft. Jeder Bauer darf jetzt so viel Milch produzieren, wie er will. Es ist das alte Spiel. Mehr Milch, das bedeutet auch: Noch mehr billiges Milchpulver – ausdrücklich auch für den Export nach Afrika.

2

Jean Feyder, Handelsexperte und ehemals Botschafter Luxemburg bei der UNO und der Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sagt dazu: Wir wollen nur unsere Produzenten da sehen und deren Interessen da fördern. Dass wir damit einheimische Wirtschaftssektoren zerstören und große Probleme schaffen für diese Gesellschaften; dass wir auch Probleme im Bereich der Flüchtlingsströme schaffen, das übersehen wir völlig“.

Ich möchte ihre Aufmerksamkeit auf Ceuta lenken. Ceuta ist ein kleiner Zipfel in Nordafrika, der zu Spanien gehört. Wer es hierher schafft, wird vielleicht zur Registrierung auf die andere Seite gebraucht, nach Europa.

Jetzt also sollen Fluchtursachen bekämpft werden. Die Realität ist eine andere.

Aktuell drängt die EU afrikanische Staaten zum Abschluss von einzelnen Handelsabkommen. Vorgeblich geht es um Entwicklung, um Wachstum und Wohlstand. Für Kritiker ist genau der Weg, der die Armut in vielen Ländern nur verschärft.

Ich zitiere Botschafter a.D. Jean Feyder nochmals: Das sind Freihandelsabkommen, und diese Abkommen haben als Ziel, die Märkte noch weiter zu öffnen, mit dem Resultat, dass die noch weniger Möglichkeit haben, ihre Kleinproduzenten zu schützen“.

Einige Länder wurden förmlich genötigt, solche Abkommen mit der EU abzuschließen- 33 haben bisher eins unterzeichnet. Darunter viele, aus denen die Flüchtlinge kommen. Das Ziel: eine möglichst weit reichende Liberalisierung..

Wie weit, zeigen bisher vorliegenden Abkommen. Die meisten Einfuhrzölle für Waren aus der EU werden in den jeweiligen Ländern „endgültig abgeschafft“. Auf hunderten Seiten wird aufgeführt, für welches Produkt und wie schnell. Am Ende sind 80 Prozent der Zölle weg. Wenn das eintritt, werden noch immer mehr Afrikaner ihrer Heimat den Rücken drehen und unter allen Umständen versuchen, andernorts anzukommen, auch über das Mittelmeer, über Lampedusa, Ceuta und Melilla und so weiter“.

Von denen, die es geschafft haben, haben einige Arbeit und können ein bisschen Geld nach Hause schicken. So bekämpfen sie die Ursachen ihrer Flucht. Sie haben ihr Versprechen gehalten.

Wir (EU) sollten auch unser Versprechen halten und die Ursachen vor Ort wirklich bekämpfen.

Und was geschieht mit den Flüchtlingen, wenn sie die Europäische Union erreicht haben! Sie geraten in die Mühlen einer oft ebenso unbeholfenen wie unzulänglichen und unmenschlichen Bürokratie. Sie werden registriert, in Sammelunterkünften gesteckt, in langwierige, komplizierte Verfahren gepresst – und monate-, häufig sogar jahrelang von jeglicher Arbeitsaufnahme ferngehalten. Damit vergeudet man nicht nur Geld und Ressourcen, sondern schürt und nährt auch Ressentiments gegen Flüchtlinge. Flüchtlinge können für alle ein Gewinn sein. Dies bestätigte mir in auf einer in unserer Grenzregion geführten Diskussion ein niederländischer Kollege: „Wenn Flüchtlinge einbringen können, bringt das nicht nur sie selbst voran, sondern auch unser Gemeinwohl“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.